

STANDPUNKT

Denken ohne Schranken

Zum Wesen, den Zielen und den Aktivitäten unserer Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e. V. gibt es bedauerlicherweise immer wieder Unkenntnisse aber auch bewusste oder unbewusste Missverständnisse. Dabei hilft bereits ein Blick in die Satzung. Dort finden sich die Förderung der Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik als Vereinszweck und das Angebot einer neutralen Plattform für Dialog an alle Interessierten. Die Übereinstimmung von Zweck und Zielen mit den vielfältigen Aktivitäten sowie die Einhaltung der Gemeinnützigkeit überwachen Vorstand, Präsidium und Mitgliederversammlung, in denen Vertreter eben dieser Interessierten aus Öffentlichkeit, Politik, Bundeswehr, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Forschung vertreten sind. Die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Finanzamt tut ein Übriges.

Die Fehlperzeptionen sind mindestens bedauerlich, wenn nicht schädlich, und dies weniger für die Gesellschaft als für die Wahrnehmung des Angebots zu (Weiter-)Bildung und Dialog. Dabei ist gerade in Zeiten einschneidender und auch unvorhergesehener Ereignisse und Herausforderungen für Sicherheitspolitik sowie rasanter technologischer Entwicklungen ein solider Fundus breitgefächerten Wissens unverzichtbar, um vielschichtige Vorgänge möglichst treffsicher beurteilen und notwendige Folgerungen ziehen zu können, dabei aber nicht auf eindimensionale Darstellungen hereinzufallen. Zu solcher Bildung wollen wir weiter beitragen und hoffen weiter auf eine breitgefächerte Unterstützung und Teilnahme, nicht zuletzt auch seitens unserer Bundeswehr.

Zudem sind wir froh, dass sich vor fast 20 Jahren unter dem Dach unserer Gesellschaft der Initiativkreis Zukunft geformt hat. Mit „Denken ohne Schranken“ umfasst er aufstrebende Verantwortungs- und Entscheidungsträger aus dem weitgespannten Bereich unserer Mitglieder und leistet mit seinen Veranstaltungsformaten nicht nur hochgradige Informationsangebote, sondern auch Raum für konstruktiv kritische Auseinandersetzungen. Das Engagement der Teilnehmer ist hoch, ihre Zahl könnte allerdings durchaus weiterwachsen. Und dann gilt an dieser Stelle natürlich auch ein herzlicher Dank den Leitpersönlichkeiten, also den Sprechern – bis vor wenigen Tagen Herrn Gunnar Schievelbein, den Stellvertreterinnen und den Beiratsmitgliedern.

Schuwirth, General a. D.
Vorsitzender DWT e. V.

DWT – intern Interview

Interview von Mittelstandspräsident Mario Ohoven mit der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e. V. (DWT)

Das Institut der deutschen Wirtschaft (Köln) stellt fest, dass die Menge neuer Prozesse und Produkte, die von Unternehmen bis zu 1000 Mitarbeitern in den Markt kommen, in 2015 von vormals drei Viertel auf zwei Drittel zurückgegangen ist. Trend oder reine Momentaufnahme?

Wir sehen diese Entwicklung mit Sorge und kämpfen deshalb umso stärker für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand. Die Bundesregierung muss jetzt handeln, sonst droht der Verlust unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die (noch) guten Wirtschaftsdaten mit Rekordbeschäftigung und niedriger Arbeitslosigkeit dürfen der Politik kein Alibi fürs Ausruhen liefern. Es bestehen unverändert große globale Risiken, die die wirtschaftliche Lage auch in Deutschland schnell verschlechtern können. Deutschland lebt zudem seit langem praktisch von der Substanz. Die Nettoinvestitionsquote liegt bei 1,5 Prozent. Seit fünf Jahren verzeichnen wir mehr Pleiten als Unternehmensgründungen. Was ich partout nicht einsehen kann ist, dass die Wirtschaftspolitik in erster Linie für die Großindustrie gemacht wird, und erst in der Folge nach Verbesserungen zu Gunsten des Mittelstands gesucht wird. Es müsste genau umgekehrt sein, schließlich sind hierzulande 99 von 100 kleine und mittelständische Unternehmen (KMU).

Welche Vorteile haben KMU gegenüber großen Konzernen? Welche Konsequenzen oder Möglichkeiten ergeben sich daraus für die ÖAG (öffentliche Auftragsvergabe)?

Der Mittelstand stellt bei uns 60 Prozent aller Arbeitsplätze und 82 Prozent der Ausbildungsplätze bereit. KMU werden häufig über Generationen aufgebaut und als Familienunternehmen geführt. Sie sind fest in ihrer Region verwurzelt und standorttreu. Mittelständlern ist es wichtig, den Bestand ihrer Unternehmen langfristig zu sichern. Deshalb wird im Mittelstand größter Wert auf nachhaltige,



Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, Unternehmerverband Deutschlands e. V.

verlässliche Beziehungen zu Kunden, Lieferanten und Arbeitnehmern gelegt. Mittelständische Unternehmen können schnell und flexibel auf Marktänderungen reagieren. Sie agieren wie kleine, wendige Schnellboote, während die Konzerne trägen Tankern gleichen. Gerade deshalb müssen mittelständische Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen ver-

stärkt unterstützt werden. Ausschreibungen sind in kleineren Unternehmen zumeist Chefsache. Den Mittelständlern fehlt aber schlicht die Zeit für die oft zu bürokratischen Ausschreibungsverfahren. Eine einfache, schlanke und schnelle öffentliche Auftragsvergabe ist deswegen mehr als wünschenswert.

Wie haben sich die Ankündigungen der Bundesregierung und des BMVg zur Stärkung des Mittelstandes aus Ihrer Sicht realisiert?

Ich bewerte diese Ankündigungen äußerst positiv, weil darin die besondere Bedeutung des wehrtechnischen Mittelstandes klar zum Ausdruck kommt. Es gibt aber nicht nur Willensbekundungen, sondern bereits konkrete Vereinbarungen in diese Richtung. So wurde im Rahmen des Dialogs zwischen Europäischer Kommission und Vertretern der Mitgliedstaaten eine Stärkung der KMU im

Europäischen Verteidigungsfonds fest verankert. Angesichts der Vielzahl von Rüstungsprojekten handelt die Bundesregierung aus meiner Sicht konsequent, wenn sie hohen Wert auf europäische Kooperationen und gemeinsame Standards sowie die Förderung von Schlüsseltechnologien in der EU legt. Dabei ist das Verteidigungsministerium erkennbar bestrebt, mit Rahmenverträgen und klaren Auftragsvergabekriterien Planungssicherheit bei unseren wehrtechnischen Mittelständlern zu schaffen. Allerdings sehe ich hier noch Optimierungsbedarf. Aus diesem Grund hat sich der BVMW entschlossen, eine Kommission Bundeswehr und Mittelstand zu gründen. In ihr werden unsere Mitgliedsunternehmen in einen noch engeren Austausch mit der Bundeswehr treten.

Welche Möglichkeiten hat der wehrtechnische Mittelstand, um der Politik verstärkt zu verdeutlichen, dass das Be-

kenntnis zur „innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ mehr politischer Unterstützung bedarf?

Zunächst einmal muss er seine Sichtbarkeit verbessern, in Berlin und erst recht in Brüssel. Wie schon im EDIDP (European Defence Industrial Development Programme) ist ja eine aktive Mitgestaltung der politischen Prozesse durch Verbände erwünscht. Gemeinsame Interessen sollten vom wehrtechnischen Mittelstand und der Verteidigungsindustrie dabei deutlicher adressiert werden. Hierfür ist ein intensiver Austausch zwischen beiden Seiten unverzichtbar. Dazu gehört es aber auch, dass Defizite klar benannt werden. Nur so lassen sie sich beseitigen. Zudem müssen realistische Forderungen formuliert werden, damit die Zukunftsperspektiven für den wehrtechnischen Mittelstand in Deutschland langfristig gesichert werden können.



+++JETZT ANMELDEN+++
www.dwt-sgw.de



Konferenz mit Ausstellung

Wege zu digitalisierten Landstreitkräften

26./27. Juni 2018 | Maritim Hotel Bonn



www.dwt-sgw.de

Wie wirkt sich die restriktive Exportpolitik auch bezüglich sonstiger Rüstungsgüter und Dual-Use-Produkte auf den Mittelstand insgesamt und auf den wehrtechnischen Mittelstand aus?

Die restriktive Exportpolitik befindet sich nach meiner Einschätzung im klassischen Spannungsfeld zwischen Friedenssicherung auf der einen sowie Verpflichtungen gegenüber unseren NATO-Partnern auf der anderen Seite. In diesem Punkt braucht der Mittelstand rechtliche Sicherheit, denn Planungsunsicherheit ist immer kontraproduktiv. Mir scheint auch die Definition von „Krisengebieten“ nicht mehr zeitgemäß. Es wäre daher gut, wenn sich der neue Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier dieses Themas schon bald annähme. Fest steht für mich, dass Deutschland auf nationale Alleingänge und Sonderwege verzichten sollte. Sie sind nicht nur falsch, sondern auch unsolidarisch gegenüber unseren Alliierten. Besser wäre es, Exportrichtlinien europäisch abzustimmen. Eingebettet in eine europäische Verteidigungspolitik würde so den Sicherheitsinteressen der NATO-Mitglieder am besten Rechnung getragen.

Die eigentliche Stärke der KMU – Spezialisierung und Flexibilität – wird infolge ihrer Unternehmensgröße weniger wahrgenommen. Was raten Sie wehrtechnischen Unternehmern? Und brauchen wir eine länderübergreifende, verbindliche Definition von KMU?

Ich kann mittelständischen Unternehmern nur raten, die neuen rechtlichen Kooperationsmöglichkeiten für Aufträge zu nutzen, wie es das Verteidigungsministerium im „Konzept zur Stärkung des wehrtechnischen Mittelstandes“ vorgeschlagen hat. Die Definition des wehrtechnischen Mittelstandes seitens des Ministeriums entspricht im Wesentlichen unserer Definition eines mittelständischen Unternehmens, da sie auch die größeren Betriebe in Familienbesitz mit mittelständischen Strukturen einbezieht. Im Europäischen Verteidigungsfonds werden zusätzliche finanzielle Anreize für

grenzübergreifende Zusammenarbeit in der EU für KMU festgelegt.

Und ja, wir brauchen eine neue EU-Definition von KMU. Die EU führt bis zum 6. Mai 2018 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Definition von KMU durch. Eine länderübergreifende, verbindliche KMU-Definition ist wichtig, damit beurteilt werden kann, welche Unternehmen EU-Finanzierungsprogramme zur Förderung von KMU in Anspruch nehmen können. Das gilt auch im Hinblick auf bestimmte Politikbereiche, wie KMU-spezifische Wettbewerbsregeln, Strukturfonds, sowie Forschung und Innovation und administrative Freistellungen und Gebührenermäßigungen. Unser Verband, der BVMW, setzt sich im Konsultationsprozess für eine Ausweitung der KMU-Definition ein.

Gibt es aus Ihrer Sicht eine strategische Zusammenarbeit zwischen Rüstungskonzernen und ihren mittelständischen Zulieferern?

Strategische Kooperationen auf Zeit oder dauerhaft angelegt sind grundsätzlich zu begrüßen. Insbesondere bei einsatzbedingten Beschaffungen kann der Mittelstand durch innovative Lösungen, häufig durch Anpassung von marktverfügbaren Produkten aus dem zivilen Bereich, schnell und bedarfsgerecht reagieren. Diese Flexibilität zeichnet KMU ja in besonderer Weise aus. Das EDIDP verfolgt unter anderem das Ziel, fest etablierte Partnerschaften aufzubrechen, um über eine neue Wettbewerbssituation grenzübergreifend neue Partnerschaften zu ermöglichen. Darin sehe ich aufgrund der größeren Absatzmärkte eine echte Chance für unseren wehrtechnischen Mittelstand.

Wie bewerten Sie die Position der deutschen wehrtechnischen Mittelständler derzeit und in der Perspektive? Haben „Spezialisten aus dem Hinterland“ eine nachhaltige Zukunft?

Der wehrtechnische Mittelstand ist das Rückgrat einer wettbewerbsfähigen und damit erfolgreichen deut-

schen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Häufig sind Mittelständler Zulieferer für Großprojekte deutscher Systemhäuser. Angesichts neuer Herausforderungen für die europäische Sicherheitspolitik und den daraus resultierenden Aufgaben für unsere Bundeswehr stehen die Chancen gut, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Denn gerade die hohe Flexibilität und die Innovationsfreudigkeit der KMU bieten beste Voraussetzungen für eine leistungsfähige Versorgung. Perspektivisch stellen das EDIDP und der spätere Europäische Verteidigungsfond eine exzellente Chance zur Stärkung der Position von KMU in den Versorgungsketten und Netzwerken dar. Für die Sichtbarkeit gegenüber potenziellen Konsortialführern haben die KMU selbst Sorge zu tragen, nicht die Politik.

Wie bewerten Sie die Fremdfinanzierungsmöglichkeiten wehrtechnischer Mittelständler im Betriebsmittel- und Projektbereich?

Der europäische Verteidigungsfond stellt bis 2020 insgesamt 2,5 Milliarden Euro für Mittelständler in der EU bei grenzüberschreitenden Projekten bereit. Der Verordnungsentwurf zum EDIDP sieht zudem EU-Förderungen von bis zu 100 Prozent bzw. bis zu 20 Prozent für Prototypen vor. Das ist schon einmal eine Hausnummer, von der der wehrtechnische Mittelstand in erheblichem Maße profitieren kann.

Welchen Stellenwert hat aus Ihrer Sicht die F&T Kompetenz des wehrtechnischen Mittelstands für andere Branchen?

Die Kompetenz des deutschen Mittelstands bei Forschung und Entwicklung sichert die Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und damit den Wohlstand in Deutschland. Die daraus resultierenden Innovationen bei Produkten und Verfahren sind weltweit gefragt. Wie sonst ließen sich die trotz hoher Arbeitskosten am Standort Deutschland erzielten Handelsbilanzüberschüsse unserer Volkswirtschaft erklären? Dass es sogenannte Spill-over Effekte des wehrtechnischen

Mittelstands auf andere Branchen gibt, ist unstrittig. Dies ist jedoch keine Einbahnstraße. Genauso gibt es diese Effekte in umgekehrter Richtung, vor allem im produzierenden Gewerbe.

Wäre eine steuerliche Forschungsförderung durch die künftige Bundesregierung erforderlich?

Auf jeden Fall. Die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung für KMU ist seit langem eine Kernforderung unseres Verbands. Sie findet sich nun auch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wieder. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht uns nicht um eine neue Subvention, sondern schlichtweg um die Beseitigung einer massiven Wettbewerbsverzerrung zu Lasten unserer Betriebe. Denn in 28 von 35 OECD-Staaten wird so die Innovationsaktivität der Wirtschaft bereits erfolgreich gefördert. Konkret

schlagen wir eine unbürokratische Steuergutschrift für Klein- und Mittelbetriebe in Höhe von 15 Prozent der eigenfinanzierten FuE-Aufwendungen als Ergänzung zur bestehenden Projektförderung vor. Unternehmen, die keine Steuern zahlen, sollen einen Transfer in entsprechender Höhe erhalten. Ich bin angesichts der schlagenden Argumente zuversichtlich, dass die steuerliche FuE-Förderung nun endlich auch bei uns kommt.

Welches Potential besteht für den deutschen wehrtechnischen Mittelstand in der nationalen und internationalen Vernetzung mit dem BVMW?

Erfreulich ist aus unserer Sicht, dass das EDIDP ausdrücklich private und öffentliche Akteure als förderungswürdige Unternehmen ansieht. Dadurch könnten auch die Wehrtechnischen Dienststellen der Bundeswehr als Partner in Frage kommen. Auch des-

wegen haben wir eine Kommission „Bundeswehr und Mittelstand“ gegründet, um die Zusammenarbeit zwischen mittelständischen Unternehmen und unseren Streitkräften zu fördern. Wir bieten unsere Kompetenz und Expertise an und bringen die richtigen Ansprechpartner zusammen. Davon profitieren alle Seiten. Der BVMW verfügt mit mehr als 40 Auslandsbüros und einer erfahrenen Außenwirtschaftsabteilung über ein herausragendes Netzwerk auf allen Wachstumsmärkten weltweit. Außerdem spricht vor allem unsere Struktur für unseren Verband: mit mehr als 300 Kollegen vor Ort in den Regionen können wir unsere Mitglieder individuell ansprechen, einbinden und unterstützen – dies bietet kein anderer deutscher Wirtschaftsverband. ■

DWT – intern dankt für das Gespräch.



Arbeitskreis Mittelstand

KOMPETENZMATRIX

Version 4.1
Stand: 11. April 2018

Infrastruktur / Einsatz-Infra

Human Resources / Recruiting

Gepanzerte Fahrzeuge

Fahrzeugmaterial Main+Rep

Fahrzeug- / Hebeteknik

Fahrzeug- / Sprengstoffe

Energie / Klimatechnik

Cyber-Sicherheit

Unter-IED

IT-Service

Marketing / Projekt Mgmt

FuE

Schutz

Wirtschaft

Bildung / Training

Leibtechnik

Ihre Chance — unsere Bitte:

Zur Weiterentwicklung unserer Matrix wird **IHRE** Hilfe benötigt. Die Matrix ist mit Datum 11. April 2018 auf neuesten Stand gebracht worden. Diese finden Sie hier: <https://www.dwt-sgw.de/akm/akm-kompetenzmatrix-und-kompetenzhandbuch/>

- ◆ Ist ihre Firma bereits in der Matrix? Dann prüfen Sie bitte ob die gesetzten Kreuze noch stimmen und ihr Firmenname richtig wiedergegeben ist.
- ◆ Ferner sehen Sie WEISS oder GELB hinterlegte Firmennamen.
 - * Die GELB hinterlegten haben einen Link, der auf die Firmendarstellung in unserer Homepage führt.
 - * Bei den WEISS hinterlegten hat die Geschäftsstelle der DWT weder Logo bzw. Firmendarstellung (ca. 1000 Zeichen).
- In beiden Fällen: Bitte prüfen Sie den Inhalt der Firmendarstellung bzw. überlassen Sie uns die Informationen zur Darstellung ihres Unternehmens auf unserer Homepage.
- ◆ Ihre Firma ist noch nicht in der Matrix, will aber vertreten sein? Dann senden Sie uns ihr Logo, die Firmendarstellung und die „Zahlen“ zu den zu setzenden Kreuzen zu.

Alle Änderungen / Wünsche bitte an: info@dwt-sgw.de mit **Betreff: MATRIX**

lfd Nr	UNTERNEHMEN	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20		
1	Firma A																						
2	Firma B																						
3	Firma C																						
4	Firma D																						
5	Firma E																						
6	Firma F																						
7	Firma G																						
8	Firma H																						
9	Firma I																						
10	Firma J																						
11	Firma K																						
12	Firma L																						
13	Firma M																						
14	Firma N	x		x																			

Ecke des Geschäftsführers

Zweck der DWT ist die Förderung der Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik. Sie alle kennen unsere Veranstaltungsformate und die wichtige Rolle, die unsere Studiengesellschaft dabei spielt.

Wesentliche Einflussfaktoren während der etwa 9 Monate seit meinem „Dienst-antritt“ waren zunächst der Wahlkampf und der sich anschließende schwierige Prozess der Regierungsbildung. Das zeigte sich z. B. darin, dass die fachbezogenen Veranstaltungen der SGW zu Themen aus der Wehrtechnik sehr gut angenommen wurden, wogegen die Formate der DWT zu den eingangs letztgenannten Bereichen, in denen es mehr um „Policy“ als um harte Fakten ging, dagegen abfielen.

Es ist unsere Überzeugung in der Geschäftsführung, dass dies kein grundsätzliches, sondern ein aus der geschilderten Situation entstandenes, vorübergehendes Phänomen ist. Die Übergangs- und Unsicherheitsphase ist seit Anfang März überwunden. Die DWT bleibt auf ihrem bisherigen Kurs und freut sich auf Ihre Themenanregungen. Denn – und dies werde ich nicht müde festzustellen – unsere Gesellschaft versteht sich nicht zuletzt als Bereitsteller einer neutralen Dialogplattform zur Behandlung von Fragen, die die SVI und den ÖAG in den genannten Bereichen bewegen.

Das wurde bisher und wird sicher auch künftig so wahrgenommen; wir bieten nach wie vor unsere Unterstützung und unseren Service an.

Auf Anregung aus dem Präsidium wurde im vergangenen Jahr von Professor Dr. Beitzinger, Universität der Bundeswehr München, der Forschungsbericht „Perzeption von Wehrtechnik und Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland“ (kurz: DWT-Studie) erarbeitet. In dieser Ausgabe „DWT-intern“ finden Sie eine Darstellung dazu. Es wird nicht nur deutlich, dass Wehrtechnik und Landesverteidigung ihren festen Platz in der deutschen Gesellschaft haben, sondern dass der Politik eine wesentliche Rolle bei der Verdeutlichung des sozialen, sicherheitspolitischen und ökonomischen Beitrags der Verteidigungswirtschaft zukommt.

Die Studie wird nach endgültiger Fertigstellung u. a. auf unserer Homepage bereitgestellt. Wir verstehen dies als Beitrag unserer Gesellschaft zur aktiven Auseinandersetzung mit der Rolle und Bedeutung von Wehrtechnik und Verteidigungswirtschaft für Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik.

Auf Ihre Anregungen freut sich Ihr



Konteradmiral a. D. Karl-Wilhelm Ohlms,
Geschäftsführer der DWT

APPELL

Als Förderndes Mitglied der DWT sind Sie prädestiniert, neue Mitglieder aktiv zu werben.

Machen Sie mit:

Mitglieder werben Mitglieder.

Sie kennen die Unternehmen und Sie haben die besten Argumente.

So unterstützen Sie Ihre DWT nachhaltig.

Perspektiven der Verteidigungswirtschaft 2018



Podiumsdiskussion zu Erwartungen an Deutschland, v. l. n. r.: General a. D. Rainer Schuwirth, Vorsitzender DWT; Christoffer Jonker, Director International Affairs, MoD NLD; Michael Gahler, MdEP; Frank Menning, MinRat, NATO DNV; Svein Ejfestad, Policy Director, MoD NOR

Am 30. Januar konnte der Vorsitzende DWT, General a. D. Rainer Schuwirth, im MARITIM Bonn rund 200 Teilnehmer zur 11. Auflage unserer jährlichen Auftaktveranstaltung begrüßen. Unter dem Jahresmotto „Streitkräfte 2030+ – Die Bundeswehr im europäischen Kontext“ standen die Einflussfaktoren von Europa und deutscher Gesellschaft auf die Bundeswehr im Fokus der Vorträge und Diskussionen.

Aufgrund der nicht abgeschlossenen Regierungsbildung konnten traditionelle Informationsblöcke z. B. zum Haushalt oder zu konkreten Ausrüstungsabsichten nicht eingeplant werden und standen Vortragende „aus der Chefetage“ von BMVg und Amtsebene nicht zur Verfügung.

Dennoch wurde der Blick in die Zukunft gemacht und Fragen wie

- Was plant das deutsche Verteidigungsministerium?
- Wie stellt sich das Deutsche Heer den Einsatz in der Zukunft vor?
- Wie wird die Bundeswehr von Partnern aus der EU und NATO gesehen, was wird erwartet?
- Was wird von den europäischen Initiativen (z. B. EDAP, EDF, PESCO, CARD) erwartet?
- Wie sind Eigen- und Fremdwahrnehmung von Wehrtechnik und

Rüstung in Deutschland?

- Wie wirken europäische Initiativen auf das deutsche Vergaberecht – und umgekehrt?
 - Wie ist die Position der SVI?
- diskutiert.

Wissenschaftliche Keynotes zur Bundeswehr in der Demokratie und zu Bitcoin/Blockchain rundeten das Programm aus Podiumsdiskussion mit Repräsentanten aus Norwegen, den Niederlanden, NATO und EU, Workshops und Vorträgen ab. Wie immer kam auch die Kontaktpflege der Teilnehmer nicht zu kurz.

Es liegt in der Natur der Sache, dass nicht alle Fragen eindeutig zu beantworten waren. Aber es bestand Übereinstimmung in der Bewertung, dass z. B. die Chancen zur Umsetzung der genannten Initiativen vorhanden sind, das Momentum zur Umsetzung genutzt und in allen Bereichen „jetzt konkret gemacht“ werden muss. Mehrfach war die Forderung in der Diskussion zu hören, dass man „aus der bubble hinaus müsse“, sich also auch der Auseinandersetzung mit skeptischen Angehörigen der deutschen Gesellschaft stellen solle.

Einen möglichen Anknüpfungspunkt zur Umsetzung dieser letztgenannten Forderung bietet die DWT-Studie zur Feststellung von Fremd- und Eigenwahrnehmung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI). Hier wird u. a. festgestellt, dass die Öffentlichkeit differenziert und manchmal überraschend urteilt. So lehnen zum Beispiel auch der SVI negativ Gegenüberstehende tendenziell ab, auf Rüstungsindustrie in Deutschland zu verzichten, und kann dies als ein möglicher Einstieg in die geforderte strategische Kommunikation gelten. Das Studienergebnis wird auf der Homepage der DWT zur Unterstützung dieser Debatte eingestellt werden. ■

KONTAKT

**So erreichen
Sie Ihre DWT immer:**

**info@dwt-sgw.de
Telefon: +49 228 41098-0**

1. Parlamentarischer Abend 2018

Ein Beitrag zum politischen Diskurs



General a. D. Dr. h. c. Klaus Naumann

Beim ersten Parlamentarischen Abend 2018 konnte DWT-Präsident Schempp knapp 250 Gäste begrüßen. In dem - unter Nutzung der verfügbaren Stehplätze – bis auf den letzten Platz gefüllten Vortragssaal legte General a. D. Dr. h. c. Klaus Naumann seine Sicht der Dinge zu dem uns alle betreffenden Thema: „Gemeinsame Sicherheit muss Europas Zukunft sein“ dar.

Die Welt habe sich in den vergangenen fünf Jahren dramatisch verändert. Der Traum, ja die Forderung der Menschen nach Sicherheit sei geblieben und steige in der sich rasch verändernden Welt, die eine Unsicherheit in die kaum noch berechenbare internationale Umwelt bringen würde.

Aus seiner Sicht seien prägnante Zeitpunkte dazu:

2014: Bis zum Frühjahr war Europa Teil einer Welt, die auf der Hoffnung beruhte. Krieg in Europa wurde nicht gedacht. Putins rechtswidrige Annexion der Krim zeigte der Welt anderes.

2015: Der Traum von einem gemeinsam handelnden Europa zerbrach, nicht ohne deutsche Mitverantwor-

tung, unter dem Ansturm der Flüchtlinge.

2016: Die Briten entschieden sich, vielleicht auch deshalb, die EU zu verlassen und andere in der EU zeigten, dass sie nur im Nehmen solidarisch sind, nicht aber im Teilen.

2017: Es kam aber noch schlimmer, als Europa, nach seiner strategischen Fehlentscheidung TTIP nicht anzunehmen, erkennen musste, dass es sich auf die Beistandsgarantie der USA unter dem schwer berechenbaren Präsidenten Trump nicht mehr vorbehaltlos verlassen kann.

Amerikas Rückzug aus globaler Verantwortung habe Europa gezeigt, dass es endlich seine Sicherheit in die eigenen Hände nehmen müsse. Genau davor fürchteten sich Europas Politiker. Sie müssten den Wählern Veränderungen zumuten. Sie versäumten, Konzepte für die raue Welt von Morgen zu entwickeln, durch Nichthandeln verspielten Sie so ihre Glaubwürdigkeit.

Wir stünden also wohl am Beginn eines globalen Wettbewerbs der Wertordnungen. Das sei letztlich der Kern der Änderungen seit 2014. Damit stünden Schutz und Sicherheit wieder im Vordergrund. Die aus diesem globalen Wettbewerb entstehenden Gefahren gälte es zu erkennen und entgegenzutreten.

Eine direkte Kriegsgefahr für Europa sieht General a. D. Naumann nicht. Dennoch stuft er als Risiken für Europa ein:

- Ein schwer zu kalkulierendes Russland,
- den Umbruch und die Aufruhr in der Staatenwelt des Nahen Ostens,
- das Abdriften der Türkei in Richtung Russland und Iran,
- den zunehmenden Migrationsdruck aus Afrika,
- das weitere Zerbrechen der Staatenwelt und die tatsächliche Übernahme der Macht über Staaten durch industrielle, überaus finanzstarke Kartelle



Ein sehr gut gefüllter Saal bezeugt das rege Interesse am Thema

- und schließlich den fortschreitenden Klimawandel, der zu neuen Konflikten über Rohstoffe führen kann.

Für ihn zeichnet sich eine Welt ab, in der die Strategie der Verteidigung nicht mehr Reaktion, sondern tagesabhängig Prävention sein muss um zu verhindern, dass man gelähmt wird bevor man sich wehren kann.

Das bedeutet für Europa, dass es also jetzt zumindest begrenzte Handlungsfähigkeit erreichen und zusätzlich bereit sein muss, als Gegenküste fest mit der maritimen Weltmacht

USA verbunden zu bleiben. Für Deutschland bedeutet dies, dass es die Fähigkeiten zum Schutz verbessern und den politischen Willen entwickeln muss, sich auch in Gefahr zu behaupten.

Daraus abgeleitet schließt er seinen Vortrag ab mit der These „Gemeinsame Sicherheit ist der Weg, der Europa wieder eine Vision geben könnte. Würde Deutschland nicht bereit sein, diesen Weg einzuschlagen, wird Europa an Deutschland scheitern. Die Zukunft wäre verspielt“. Dem Zitat von Willy Brandt „Ohne Sicherheit ist wirklich Alles Nichts“ ist zuzustimmen.

In der anschließenden überaus lebendigen Aussprache wurde die Brisanz dieses Themas noch einmal sehr deutlich und es gab damit auch reichlich Anregungen für Gespräche im weiteren Verlauf des Abends.

Ist Ihre Neugier geweckt? Die ganze Rede finden Sie hier:

<https://www.dwt-sgw.de/veranstaltungen/veranstaltungen-der-dwt/vergangene-veranstaltungen/parlamentarischer-abend-1-2018/>

Es gilt das gesprochene Wort. ■

DWT-Tag am 8. Mai – Vorschau

Der 8. Mai 2018 mit der Mitgliederversammlung, der Jahrestagung und dem Jahresempfang der DWT e. V. bildet einen Meilenstein im Jahresprogramm der DWT.

Die Veranstaltungen finden wie im vergangenen Jahr im Hotel Maritim in Bonn statt.

Das umfangreiche Programm des Tages beginnt am Vormittag mit der Tagung der Leiter der Sektionen und Arbeitskreise der DWT.

Anschließend treffen sich die Sektions- und Arbeitskreisleiter mit den Präsidiums- und Vorstandsmitgliedern zu einem gemeinsamen Mittagessen.

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung stehen der Geschäftsbericht 2017 und die Entlastung des Vorstandes sowie die Jahresplanung 2018. Auch die Ergebnisse der durch die UniBw München im Auftrag der DWT erstellten Studie werden vorgestellt.

Die Jahrestagung setzt sich mit Multinationalität aus der Perspektive der Nutzerebene auseinander. Unter dem Thema

„Multinationalität und Integration als Bestimmungsgrößen für Bundeswehr und

Verteidigungswirtschaft – Erfahrungen der Nutzerebene in der internationalen Zusammenarbeit“

sollen erfahrene Verantwortungsträger aus der Praxis in Kurzvorträgen und einer Podiumsdiskussion ihre Eindrücke und Erfahrungen aus der internationalen Zusammenarbeit schildern und mit Teilnehmern der Tagung diskutieren.

Wir hoffen auf eine rege Teilnahme bei jeder der einzelnen Veranstaltungen und wünschen allen Teilnehmern einen interessanten Tag. ■

Programm

10:00 Uhr: Tagung der Sektions- und Arbeitskreisleiter

12:00 Uhr: Mittagessen Mitglieder Präsidium und Vorstand, Sektions- und Arbeitskreisleiter

Imbiss für Teilnehmer Mitgliederversammlung

14:30 Uhr: Mitgliederversammlung

16:30 Uhr: Jahrestagung

18:30 Uhr: Beginn des Jahresempfangs

21:00 Uhr: Ende des Jahresempfangs

Tagung der Sektions- und Arbeitskreisleiter, Mitgliederversammlung, Jahrestagung und Jahresempfang 2018

Thema der Jahrestagung 2018

**Multinationalität und Integration
als Bestimmungsgrößen für
Bundeswehr und Verteidigungswirtschaft -
Erfahrungen der Nutzerebene
in der internationalen Zusammenarbeit**

8. Mai 2018

**Hotel
Maritim
Bonn**

Versicherungskonzepte zur Sicherung der Ausschreibungsperformance

Projekterfolg ist auch eine Frage von Versicherungskriterien. Eine kritische Betrachtung des Ausschreibeverfahrens durch den Spezialmakler Assekuranz Stahl GmbH

Im Rahmen von internationalen Einsätzen und Manövern der Bundeswehr z. B. im Auftrag der Vereinten Nation oder Nato werden für die Bereitstellung von Ausrüstung (Gütern) und Dienstleistungen besondere Anforderungen in der Vergabe und Durchführungsphase an kleine und mittelständische Unternehmen gestellt. Beauftragte Firmen erbringen Dienstleistungen im Rahmen der Ausschreibungen und Leistungsmodulen z. B. vom Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr.

Die Qualität und der Erfolg des Projektes hängt in der Vergabephase bereits von Bewertungskriterien (Punktevergabe) und deren entsprechender Nachweise ab. Bei der Auswertung von Angeboten auf Ausschreibungen sollte der Auftraggeber (Bundeswehr) vor allem auch die Versicherungskonzepte der einzelnen Bewerber bewerten können. Diese erfordern aufgrund der gesteigerten Risikoanforderungen umfangreiche Deckungsumfänge zur Absicherung jeglicher Dienstleistungen und deren handelnder Personen. Wer sich an den Ausschreibungen beteiligt, muss sich im Vorfeld einen Überblick über die auf ihn zukommenden Risiken verschaffen und gleichzeitig auch in der Lage sein, die vom Ausschreibenden definierten Bewertungsanforderungen versicherungstechnisch zu erfüllen. Hierzu ist eine genaue Analyse und Bedarfsermittlung aller In- und Auslandsrisiken erforderlich.

Fallbeispiel „Aufbau einer Großküche in einem Feldlager“

Die Firma „Küchenmeister GmbH“ bewirbt sich auf die Planung, Fertigung, Bau, Anlieferung, Aufbau und Betreuung einer Großküche in einem Krisengebiet sowie deren Bestückung mit Waren und Vorräten vor Ort.

Anhand dieses Auslandauftrages werden folgende Fragestellungen betrachtet

- Welchen Risiken und Gefahren ist die Firma im Ausland ausgesetzt, die über den üblichen Versicherungsschutz im Inland hinausgeht? Was wird unterschätzt, was vergessen, was ist zu beachten,
- welchen Versicherungsschutz benötigt diese Firma aufgrund des Auftrages im Ausland,
- wie bereite ich meine Mitarbeiter auf den Auslandseinsatz vor?

Nach Fertigung und Bereitstellung der einzelnen Küchenelemente ist die Bearbeitung der Transportwege vom Firmensitz zum Bestimmungsort zu planen. Welche Transportmittel kommen in Frage? See-, Luft- oder auch Landtransporte? Welche Transportwege kann ich in Eigenregie durchführen, welche muss ich gerade auch im Ausland vergeben? Welcher Logistik-Unternehmen kann/muss ich mich im Ausland bedienen?

Empfehlung:

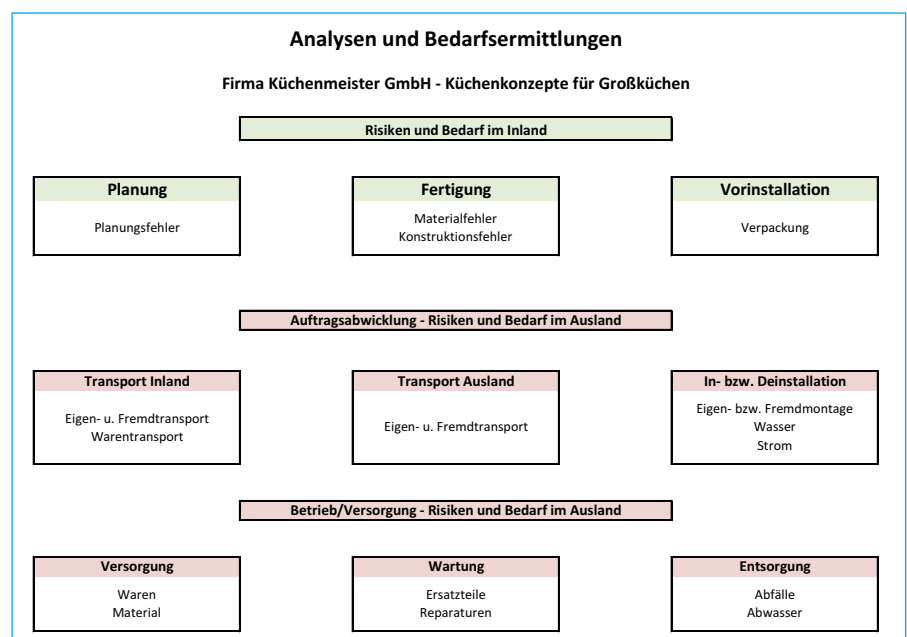
Warentransportversicherung

Am Zielort werden folgende Themen auf das Unternehmen zukommen:

Installation, Versorgung, Wartung der Küchenelemente unter Berücksichtigung der infrastrukturellen Vorarbeiten zur Strom- und Wasserversorgung. Nach Inbetriebnahme wird die Versorgung durch Material und Waren sowie die Wartung mit notwendigen Reparaturen und Bereitstellung notwendiger Ersatzteile zu gewährleisten sein.

Empfehlung: Einrichtungs- und Warenversicherungen, Elektronik- und /oder Maschinenversicherungen, Haftpflichtversicherungen

Sofern auch das Betreiben der Küche Teil der Dienstleistung darstellt, ergeben sich weitere Haftpflichtrisiken auch aus dem täglichen Betrieb und deren Umweltrisiken (z. B. Wasser-, Luft- und Bodenverschmutzung).



Empfehlung: Haftpflichtversicherungen

Für die Durchführung der einzelnen Phasen (Transport, Aufbau, Inbetriebnahme, Wartung und Abbau) sind immer handelnde Personen bzw. Mitarbeiter des Unternehmens nötig. Hierbei ist zu unterscheiden, welche Risiken unter Berücksichtigung möglicher Ursachen den einzelnen Mitarbeiter betreffen bzw. vom Mitarbeiter ausgehen können.

nehmern ins Ausland erhöhen sich die Fürsorgepflichten des Arbeitgebers erheblich. Welche Maßnahmen der Arbeitgeber im Einzelfall sowohl vor, während als auch nach dem jeweiligen Auslandsaufenthalt zu ergreifen hat, ist weder durch Gesetz, noch durch Rechtsprechung konkretisiert. Letztlich hat der Arbeitgeber zur Bestimmung des Umfangs der ihm obliegenden Fürsorgepflichten stets zwischen der eigenen Pflicht zur Fürsorge auf der einen Seite und der Eigen-

Mitarbeiter Risiken				
Phasen:				
Transport Inland	Transport Ausland	Aufbau / Schulung	Inbetriebnahme / Wartung	Abbau
Mitarbeiter betreffende Risiken			vom Mitarbeiter ausgehende Risiken	
<ul style="list-style-type: none"> Eigen- u. Fremdvverschulden / Fremduursache Unfall Krankheit / med. Versorgung Tod Kautio Rechtsbeistand Lösegeld Umweltrisiken Gesundheitsrisiken 			<ul style="list-style-type: none"> Eigenverschulden Fahrlässigkeit / grobe Fahrlässigkeit Vorsatz menschliches Versagen Umweltrisiken Gesundheitsrisiken 	
mögliche Ursachen				
<ul style="list-style-type: none"> Innere Unruhen politische Entscheidungen gerichtliche Strafen Kidnapping Überfälle Diebstähle Schutzgeld Überlastung Psyche Unachtsamkeit persönlicher Vorteil 				

Hierbei sollten stets die Fürsorgepflicht und die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften gewährleistet sein. Gerade bei Entsendung von Arbeit-



Oliver Bakes, Rechtsanwalt

ASSEKURANZ

STAHL

SEIT 1927



Thorsten Hee, Account Manager

ständigkeit des Arbeitnehmers auf der anderen Seite abzuwägen. Aspekte wie Dauer der Entsendung, politische Lage, die kulturelle und religiöse Situation, medizinische Versorgung vor Ort, Arbeits- und Lebensumstände sind auf jeden Fall zu berücksichtigen. Hierzu bedarf es nicht nur versicherungsspezifischer Lösungen, sondern im Vorfeld eine gute Vorbereitung der Mitarbeiter in Form von Schulungen und Trainings, die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten zu vermitteln.

Fazit

Der Erfolg eines Projekts hängt nicht alleine von den Bewertungskriterien der auszuschreibenden Dienstleistung ab. Entscheidend sind nicht nur Preis- und Leistungsverzeichnisse. Zur Chancenwahrung sollten vielmehr auch Nachweiskompetenzen, Referenzen sowie eine umfassende Prüfung der zugrundeliegenden Versicherungskonzepte bzw. Leistungsverzeichnisse berücksichtigt werden. ■

„5. Hamburger Impuls“ des **IKZ** an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw)

Initiativkreis Zukunft
 bildet & vernetzt



V. l. n. r.: Konteradmiral Carsten Stawitzki, Kdr FüAkBw; Brigadegeneral Thorsten Puschmann, BAAINBw; Hptm d. R. Gunnar Ben Schievelbein, Sprecher IKZ; Maj d. R. Dr. Robert Glawe, Rechtsanwalt Oppenhoff & Partner; Hptm d. R. Andreas Frank, Rheinmetall Electronics GmbH

Seit fünf Jahren kommt die DWT mit ihrem Initiativkreis Zukunft (IKZ) zum „Hamburger Impuls“ an die Führungsakademie der Bundeswehr, um Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Wehrtechnik und der Verteidigungswirtschaft zu diskutieren. Nach rheinischem Verständnis ist das mehr als Tradition – es ist bereits gelebtes Brauchtum.

Knapp 90 Teilnehmer des nationalen General- und Admiralstabsdienstlehrgangs 2017 und Teilnehmer aus dem Kreis des IKZ folgten gespannt dem Diskurs. Durch den Wechsel aus Vorträgen und anschließenden Diskussionen war auch genau das garantiert.

Der **Sprecher des IKZ, Gunnar Ben Schievelbein**, moderierte den Abend und man konnte ihm anmerken, dass er sich über die detaillierten Nachfragen und kritischen Fragen freute.

Der Kommandeur der Führungsakademie, Konteradmiral Stawitzki leitete zu den Themen hin, indem er die Wechselwirkung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer als quasi kommunizierende Röhren verdeutlichte. Nur wenn das Gewerbe mit eingebunden würde, könne die Vergabe der Aufträge nach dem freien Willen und der Schwerpunktsetzung des Bedarfsträgers erfolgen. Dies gehe aber zu Lasten von Zeit, Res-

sourcen oder Qualität. Somit sei die Bundeswehr in der Entscheidung nicht immer frei. Und daher sah er es als große Chance für die Lehrgangsteilnehmer, ein besseres Verständnis für die Belange der Industrie zu entwickeln und dabei die DWT als neutrale Plattform kennen zu lernen. Die intrinsische Motivation zum Querdenken und kritischen Hinterfragen spielt dabei eine bedeutende Rolle.

Unter der Überschrift **„Aktuelle Aspekte aus Rüstung und Nutzung“** leitete **Brigadegeneral Thorsten Puschmann**, Abteilungsleiter „K“ im Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, ein und sprach über aktuelle Aspekte der Agenda Rüstung und der Agenda Nutzung. Als Highlight hatte er die rüstungspolitischen Aspekte des vorläufigen Koalitionsvertrages ausgewertet, wodurch er das besondere Interesse der Zuhörer gewann. Fähigkeitslücken sollen geschlossen und den Soldaten die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden. Dazu passte der Vergleich, den Konteradmiral Carsten Stawitzki in seiner Begrüßung aufstellte, nahezu perfekt: Ein Hausbau sei wie die Beschaffung von Wehrmaterial: Ein jeder Hausbauer befasst sich bei der Hausplanung mit den drei kritischen Parametern Zeit, Ressourcen und Qualität.

Der Vortrag von **Hptm d. R. Andreas Frank** von Rheinmetall Electronics zielte in eine ähnliche Richtung: Es ging um das nahezu alle Bereiche berührende Thema **Compliance**. Dieser Oberbegriff steht für die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen, regulatorischen Standards und die Befolgung wesentlicher und in der Regel vom Unternehmen selbst gesetzter

ethischer Standards und Anforderungen. Es dreht sich also um die Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien in Unternehmen in der Zusammenarbeit zwischen wehrtechnischer Industrie und dem Öffentlichen Auftraggeber, hier der Bundeswehr. Er verdeutlichte aber auch, dass Deutschland im internationalen Vergleich von Transparency International beim Korruptionsindex auf den vordersten Plätzen liegt. Top Scorer ist Neuseeland mit einem Wert von 89 Punkten, Deutschland folgt auf Platz 12 mit 81 Punkten. Das Schlusslicht auf Platz 180 hat lediglich 8 Punkte. Nationale (z. B. das Strafgesetzbuch) wie internationale Rechtsnormen (z. B. der OECD und der VN) tragen dazu bei, mit den dort verankerten Verhaltensregeln „krummen“ Geschäften das Wasser abzugraben.

M d. R. Dr. Robert Glawe, Rechtsanwalt bei Oppenhoff & Partner, ist Experte für **Wettbewerbs- und Vergaberecht**. Mit seinen Statements zum Vergaberecht wollte er mit 5 Mythen des Vergaberechtes aufräumen. „Vergaberecht ist Böses aus Brüssel“, sagt er spaßend plakativ, und entkräftet daraufhin mit den Argumenten, dass

Vergaberecht Wettbewerb fördere und außerdem Korruption verhindere – hier schließt sich der Kreis zum vorangegangenen Thema. Auch die Vorurteile „Vergaberecht verbietet den Dialog zwischen Streitkräften und Industrie“ und „Vergaberecht verhindert Innovation“ seien nicht richtig. Wichtig sei aber, dass der Dialog in alle Richtungen gepflegt würde und sich nicht auf bestimmte Firmen konzentriere. Der Appell aller Vortragenden lautete wie das Motto, das die DWT für das Jahr gewählt hat: „Kommen wir raus, kommen Sie raus aus der eigenen „bubble“ und bleiben wir, bleiben Sie neugierig.“ Nur so ist Weiterentwicklung und Fortschritt möglich.

Beim anschließenden Empfang war zu sehen, wie dies sofort in die Tat umgesetzt wurde: Die angereisten Industrievertreter des IKZ durchmischten sich mit den Lehrgangsteilnehmern, und es wurde eifrig und lange diskutiert. Ein ausländischer Lehrgangsteilnehmer resümierte, dass er diesen Dialog zwischen Industrie und Bundeswehr sehr ergiebig fand: „So kann jeder die andere Seite besser einschätzen und weiß Sachverhalte besser einzuordnen“.

Fortgesetzt wurde der Hamburger Impuls am nächsten Tag mit einem „IKZ on tour ... bei“

Lufthansa Technik

in Hamburg als Ergänzung für die IKZ-Mitglieder und IKZ-Interessierten. **Herr Hakan Portecene**, Direktor Militärprogramme Lufthansa Technik AG, hatte einen spannenden Besuch der Lufthansa Werft Hamburg organisiert, der insofern besonders war, weil in Hamburg nicht nur „einfache“ Flugzeuge gewartet und aus- bzw. umgerüstet werden. Eine Vielzahl von Staats- und Regierungsflugzeugen aber auch solche finanzkräftiger Unternehmen und Privatunternehmern erhält hier eine individuell angepasste Ausrüstung und Ausstattung. Beispiel dafür war das überaus große Holz- und Furnierlager, das die breite Palette der Gestaltungsmöglichkeiten eindrucksvoll aufzeigte. Die vielen und neuen Eindrücke wurden bei der intensiven Abschlussdiskussion vertieft.

Der IKZ sagt zweimal **Danke** nach Hamburg. ■

Info aus Brüssel

NITEC18 – NCI Agency Industry Conference and AFCEA TechNet International – 22-24 May 2018 – Berlin, Germany

Die NITEC ist eine dreitägige Industriekonferenz, die einen Einblick in die sich abzeichnenden technologischen Entwicklungen inkl. der Cyberbedürfnisse der NATO sowie einen direkten Zugang zu den Programmmanagern der NCI Agency bietet. Nähere Informationen unter:

<http://www.nitec.nato.int/>

Umzug vom alten ins neue NATO HQ (NNHQ) in Brüssel

Am 19. März 2018 hat der 12-wöchige Umzug ins NNHQ begonnen. Anschließend findet am 11./12. Juli 2018 der NATO Gipfel im NNHQ statt. In diesem gesamten Zeitraum können keine Besucher/-gruppen empfangen werden. Voraussichtlich ab dem 01. September 2018 wird es überdies eine neue Zugangsregelung für Besucher geben. Sobald nähere Informationen hierzu vorliegen, werden diese zeitnah bekannt gegeben.

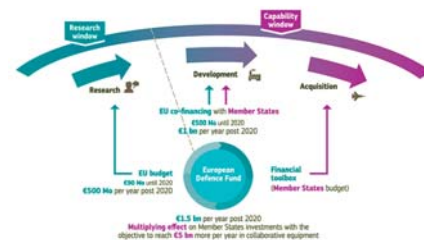


PESCO – Permanent Structured Cooperation

Unter dieser Überschrift stand das Thema des Brüsseler Gesprächs der DWT 1/18 am 8. März 2018, das wieder unter dem Dach der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel stattfand und sich erneut mit einem Schlüsselprojekt europäischer Politik beschäftigte



Die Akteure von v. l. n. r.: BG Martin Konertz, EDA; O i. G: Holger Koch, Stäv bei der EU; K z. S. Lars Schümann, EU Militärstab; Herr Michga Comnick, EU-Kommission – DG GROW; Prof. Dr. Sven Biscop, Royal Institute for International Relations – Brüssel



PESCO, die die Aspekte der politischen Dimension, der Implementierung, der militärischen Bedeutung und des gemeinsamen Verteidigungsfonds beleuchteten. Vier hochkarätige Impulsreferate behandelten das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven und legten das Fundament für eine überaus angeregte und tiefgreifende Aussprache. Deutlich wurde, dass die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit verschiedene Ebenen der Europäischen Politik zusammenbringt: Es geht um die praktische Umsetzung der Projekte im Rahmen verschiedener Cluster der Mitgliedsstaaten, um operative Aspekte und den Ausbau von gesamteuropäischen Fähigkeiten. Zugleich ist PESCO aber auch eine Art Meilenstein für eine neue Form der flexiblen Integration gemäß dem Modell „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“.

Das erste Geld steht im Rahmen des „European Defence Industrial Development Programme“ für Forschung und Entwicklung bereit.

Die Gespräche wurden bei einem kleinen Imbiss fortgesetzt, der mit freundlicher Unterstützung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung bereitgestellt wurde.

Wer mehr dazu nachlesen will: <https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/35781/node/35781.de>

Die hohe Anzahl an Interessierten (das Haus war bis auf den letzten Platz belegt) die der Einladung zum „Brüsseler Gespräch 1/18“ der DWT und des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung gefolgt sind, ist ein klarer Beleg für die besondere Aktualität und den anhaltenden Diskussionsbedarf zum Thema Sicherheit und Verteidigung in Europa.

Die besondere Aktualität spiegelte sich darin wider, dass unser Brüsseler Gespräch nur zwei Tage nach der Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 6. März zu einem überaus passenden Zeitpunkt stattfand. Diese Ratstagung bezeichnete die EU Außenbeauftragte Federica Mogherini als einen „historischen Moment“, denn zum ersten Mal kam der Rat im PESCO Format zusammen. Auf dem Gipfel haben sich die Verteidigungsminister auf eine Liste von 17 Projekten geeinigt, die im Rahmen von PESCO umgesetzt werden sollen und eine Empfehlung für einen längerfristigen Fahrplan zur Implementierung ausgesprochen.

Die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ scheint sich von den bisherigen Themen abzuheben und sich besonderer Aufmerksamkeit innerhalb der europäischen Gemeinschaft zu erfreuen. Hinter den fünf häufig genutzten Buchstaben verbirgt sich mehr als ein bloßer Rahmen für die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Bereich der Sicherheit und Verteidigungspolitik. PESCO ist der Inbegriff einer neuen Art von Kooperation, ein Leuchtturmprojekt, das den Staaten eine weit aus flexiblere Form der Zusammenarbeit ermöglicht. Darüber hinaus stehen längerfristig die Entwicklung von gemeinsamen Fähigkeiten und die Verbesserung der Einsatzbereitschaft im Fokus der europäischen Initiative. PESCO ist auch insofern besonders, da die verabredeten Ziele bindend sind und es sich nicht um eine Initiative der EU-Kommission sondern der Mitgliedstaaten handelt.

Den Mittelpunkt der Veranstaltung, die von Oberst i. G. Koch von der Stäv bei der EU zusammengestellt worden ist, bildeten die Themen rund um

Preisrecht in der Bundeswehr

Was Unternehmen wissen müssen



Hans-Peter Müller, BMWi zu Grundsätzen des Preisrechts aus Sicht des Verordnungsgebers

darf. Die VO PR findet – mit Ausnahme von Bauaufträgen – bei allen öffentlichen Aufträgen Anwendung und muss nicht Vertragsbestandteil sein, um Gültigkeit zu erlangen. Umso wichtiger ist das Kennen und Verstehen ihrer Inhalte bereits vor Abschluss eines Auftrages.

Über 150 Interessenten lockte das Thema in seinen Bann. Überwiegend KMUs nutzten die Gelegenheit, sich das Preisrecht aus den verschiedenen Perspektiven näherbringen zu lassen.

Nach Eröffnung und Begrüßung durch die Herren Dr. Matthias Witt, Geschäftsführer der WIMCOM GmbH und Herrn DirBAAINBw Dietmar Weidenfeller setzte Hans-Peter Müller, BMWi, den inhaltlichen Startpunkt: „Grundsätze des Preisrechts aus Sicht des Verordnungsgebers – Aktueller Stand zur Reform des Preisrechts“, so lautete der Titel seines Vortrages.

Es folgten Ausführungen zur Bundeswehr als privilegierter Anwender des Preisrechts von Seiten des BMVg (Ka-

pitän zur See Ludwig Lennartz, BMVg A I 2) und dessen Anwendung im BAAINBw (DirBAAINBw Dietmar Weidenfeller, BAAINBw T 3).

Zu „Do’s and Don’ts im Preisrecht – Was Mittelständler bei Bundeswehr-Aufträgen beachten sollten“ trug Prof. Dr. Andreas Hoffjan, Lehrstuhl Unternehmensrechnung und Controlling, TU Dortmund vor, bevor Britta Friedrich von den Erfahrungen der Preisbildungs- und Preisüberwachungsstelle Kiel berichtete.

Reflexionen zu möglichen Rückforderungsansprüchen des Auftraggebers (Dr. Marc Pauka, HFK Rechtsanwälte LLP) und Erläuterungen zur Selbstkostenkalkulation in der Praxis von Dr. Georg Queisner und Philipp Hermisson, pwc Legal AG rundeten die Vortragsreihe ab.

„DWT kompakt: Ein Tag – Ein Thema: Topaktuell | Komprimiert | Praxisnah“ – der Name war Programm! ■

Für eine sachgerechte, erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den öffentlichen Auftraggebern wie dem BAAINBw ist es zwingend erforderlich, sich das notwendige Wissen anzueignen, um vertraglichen und gesetzlichen Risiken wirkungsvoll vorzubeugen. In diesem Sinne richtete sich die Veranstaltung „Preisrecht in der Bundeswehr“ am 14. März 2018 im Maritim Hotel Bonn gleichermaßen an Themeneinsteiger und Themenkenner.

Neben den Bestimmungen des Vergaberechtes gilt es in Deutschland bei öffentlichen Aufträgen auch die „Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen“ (VO PR) zu beachten. Die Bestimmungen der VO PR regeln, welcher Preis für die Leistungen aus einem Auftrag höchstens verlangt werden



Dr. Witt, Leiter AKM und DirBAAINBw Weidenfeller auf dem Podium

Studie „Perzeption von Wehrtechnik und Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland“

Präsidium und Vorstand der DWT hatten in ihrer gemeinsamen Sitzung im November 2016 das Forschungsprojekt der DWT mit der UniBw München, Prof. Dr. Franz Beitzinger, Professur für Unternehmenskommunikation „Perzeption von Wehrtechnik und Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland“ beschlossen.

Die Studie wurde im März 2018 abgeschlossen. Nachfolgend wird das leicht gekürzte und mit Heraushebungen versehene Fazit der Studie wiedergegeben:

Der Dreiklang dieser explorativen Studie zur Perzeption von Wehrtechnik und Rüstung aus einer Befragung der Mitglieds- und Partnerunternehmen der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik zur Branchenwahrnehmung, einer qualitativen Vorstudie sowie einer repräsentativen Befragung der Wohnbevölkerung in Deutschland zur Überprüfung und Validierung der Vorstudienresultate erbrachte einen reichhaltigen Schatz an Erkenntnissen. Diese Art von Grundlagenforschung ergab dabei auch zahlreiche Anknüpfungspunkte zu einer Repositionierung sowohl des Selbstverständnisses als auch der Darstellungsententionen der Verteidigungswirtschaft in Deutschland.

Im Einzelnen: Die Ergebnisse zur Wahrnehmung von Wehrtechnik im Hinblick auf die Gründe, was hieran ein besonderes Interesse oder auch Faszination stiften kann, sind wenig überraschend. Letztendlich sind drei Dimensionen ausschlaggebend:

1. Die Vorstellung, diese Technik selbst zu beherrschen und damit über die repräsentierende Macht zu herrschen, bis hin zum Gedanken, sich

diese Macht anzueignen und aktiv zu nutzen.

2. Auf der eher passiven Seite die Vorstellung von einer besonderen und außergewöhnlichen Technik geschützt zu werden, also durch diese Technik vor äußeren Gefahren bewahrt zu werden.
3. In etwas schwächerem Maße die Produkteigenschaften Kraft und Stärke, die auch weitestgehend unabhängig von dem mit Wehrtechnik verbundenen Machtaspekt zu einer Faszination für Wehrtechnik beitragen.

Faszination für Wehrtechnik hat jedoch ein schlechtes Image. So wird in hohem Maße eine solche Faszination auch mit Kriegsbegeisterung und Kriegsverherrlichung assoziiert. Insofern überrascht es nicht, dass ein Bekenntnis zum persönlichen Interesse an Wehrtechnik nicht besonders häufig zu hören ist.

Wehrtechnik ist den Menschen in Deutschland als Beitrag zur Landesverteidigung sehr wichtig und sie sehen insbesondere die politische Ebene in der Pflicht, den aktuellen Ausrüstungsmängeln der Bundeswehr entgegenzuwirken.

Die besondere Perspektive auf äußere Sicherheit und Landesverteidigung findet sich ausgeprägt auch in den Perzeptionsmustern der Verteidigungsindustrie wieder.

Die Bevölkerung bewertet Rüstungsexporte eher kritisch, weil eine Verschlechterung der Sicherheitslage in Deutschland als Nebenfolge von Rüstungsexporten in bestimmte Regionen befürchtet wird. Insgesamt herrscht über die gesamten politischen und genehmigungsrechtlichen Zusammen-

hänge im Hinblick auf Rüstungsexporte allerdings ebenso große Unkenntnis wie im Hinblick auf die genauen Abläufe des Beschaffungswesens der Bundeswehr. Es ist kaum bekannt, wie die Streitkräfte zu ihren Ausrüstungsgegenständen kommen und auch dies ist, ebenso wie die Exportproblematik, durchaus eine Quelle von Unsicherheit in der Wahrnehmung der Verteidigungsindustrie.

Die Bevölkerung in Deutschland nimmt die Verteidigungswirtschaft tendenziell eher negativ wahr. Unerwartet schätzt Sie jedoch den sozio-ökonomischen und gesellschaftlich-sicherheitspolitischen Wert- bzw. Nutzenbeitrag der Verteidigungswirtschaft in Deutschland hoch ein. Wichtig: Diese Einschätzung entscheidet über die Gesamtwahrnehmung der Branche. Auf gefestigten Werturteilen fußende Haltungen und Meinungen spielen in der Gesamtschau betrachtet nur eine geringe Rolle in der Strukturierung der Wahrnehmung der Verteidigungswirtschaft in Deutschland. Auch das ist ein eher unerwarteter Befund. Allerdings ist analog zum Fall der Wehrtechnik hier wieder ein schlechtes Image des Images der Verteidigungswirtschaft festzustellen. In der Öffentlichkeit wird nämlich ein negativeres Gesamtbild seitens der Branche vermutet als es auf persönlicher Ebene tatsächlich vorherrscht. Dies erzeugt die Annahme einer gewissen sozialen Erwartungshaltung, welche sich wiederum negativ auf die Wahrnehmung der Verteidigungswirtschaft auswirkt.

Der Verteidigungswirtschaft selbst ist in hohem Maße bewusst, dass eine negative Wahrnehmung der Branche in der Öffentlichkeit negative realwirtschaftliche Folgen nach sich ziehen kann. Insofern ist hier ein deutlicher

Strategic Communication Management

Forschungsbericht

Perzeption von Wehrtechnik und Rüstung in der Bundesrepublik Deutschland

Auftraggeber:	Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V.
Studiendurchführung:	Prof. Dr. Franz Beitzinger Professur für Unternehmenskommunikation Institut für Organisationskommunikation Fakultät für Betriebswirtschaft Universität der Bundeswehr München
Datum:	02.03.2018

Wunsch spürbar, diese Wahrnehmung verändern zu wollen. Sie fühlt sich jedoch «alleingelassen», unfairer Kritik ausgesetzt und wenig wertgeschätzt. Das Selbstbild ist nur schwach ausgeprägt und strotzt nicht gerade vor Selbstbewusstsein. Viele der in der Verteidigungswirtschaft tätigen Unternehmen wollen sich folglich auch nicht als Teil dieser Branche wahrnehmen, sondern begreifen sich als Element der zivilen Wirtschaft, wohl auch um der Assoziation als «Rüstungsunternehmen» zu entgehen.

Die Verteidigungswirtschaft in Deutschland sieht ihre Lage kritischer als sie sich eigentlich darstellt und führt diese eher auf eine kategorische, fundamentale Ablehnung und Zurückweisung zurück, als auf die im Rahmen dieser Studie festgestellte konditionale,

durch (zweckrationale) Begründungszusammenhänge gestützte negative Wahrnehmung (Erwartungshaltung).

Diese Begründungszusammenhänge stellen aber die Stellschrauben dar, die die Perzeption der Verteidigungswirtschaft in der deutschen Öffentlichkeit verändern zu können. Dieses Vorhaben setzt voraus, dass unternehmerische Kommunikation und unternehmerisches Handeln einander entsprechen, d. h. eine Repositionierung im Wahrnehmungsraum muss ihren Niederschlag auch im geschäftlichen Verhalten bzw. Handlungsmustern der gesamten Branche finden, um glaubwürdig und damit wirkungsvoll zu sein.

Ausgehend von den Studienergebnissen ist die Branche in erster Linie aufgerufen, das Bewusstsein zu wecken

für den Beitrag, den die Verteidigungswirtschaft für die Gesellschaft in sozialer, sicherheitspolitischer und ökonomischer Hinsicht leistet. Es gilt auch, über das Thema Rüstungshandel, Rüstungsexporte aufzuklären – und dabei nicht nur in der Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch im geschäftlichen Handeln sensibel mit bestimmten Exporten umzugehen. Zudem ist herrschenden moralischen Vorurteilen entgegenzuwirken – im Handeln wie im Kommunizieren. Insgesamt bedeutet dies aber auch, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen und sich entsprechend zu präsentieren. Voraussetzung dafür ist jedoch, sich den Ansprüchen der Öffentlichkeit überhaupt stellen zu wollen.

Welche Werkzeuge notwendig sind, diese Ziele zu erreichen, ist eine andere Frage und die Entwicklung einer Branchenkommunikationsstrategie übersteigt die Intentionen und Möglichkeiten dieser Studie. Ein Hinweis sei abschließend jedoch erlaubt: Für eine erfolgreiche Positionierung in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit ist ein positives Selbstbild bzw. Selbstverständnis der Branche notwendig. An dieser Branchenidentität zu arbeiten, wäre vielleicht ein erster Schritt zu einer besseren Wahrnehmung der Verteidigungswirtschaft in der Öffentlichkeit. Die aufzubauende Branchenidentität muss dabei den gesamtgesellschaftlichen Wertbeitrag der Verteidigungswirtschaft thematisieren. Dies beinhaltet aber auch Aspekte der politischen Kommunikation. Nicht zuletzt aufgrund der Besonderheiten des Geschäftsfelds der Verteidigungswirtschaft und dem gegebenen Nexus mit Bundeswehr und Politik ist der starke Wunsch der Verteidigungswirtschaft nach kommunikativem Beistand durch diese Ebene(n) aber nur zu verständlich. ■

Studiendurchführung:
Prof. Dr. Franz Beitzinger
Professur für Unternehmenskommunikation
Institut für Organisationskommunikation
Fakultät für Betriebswirtschaft
Universität der Bundeswehr München

Der Brexit

Hart oder weich?

Erster Etappenerfolg bei den Austrittsverhandlungen fördert nicht Zuversicht über fristgerechten Abschluss eines Exit-Vertrages
Aus Brüssel berichtet unser Mitglied Thomas H A Schneider

Wie groß war die Erleichterung in Brüssel, London und den anderen Hauptstädten der Europäischen Union, als Mitte Dezember nach mehreren schwierigen Gesprächsrunden Kommissionspräsident Juncker verkündete, dass nach Überzeugung der Kommission in

beiten. Parallel hierzu ist geplant, Regelungen für eine Übergangsperiode ab April 2019 zu vereinbaren und Sondierungsgespräche über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich aufzunehmen. So sieht der Zeitplan der

gleichzeitig 65 % der EU-Bevölkerung auf sich vereinen. Nachdem das britische Unterhaus mit einigen Tory-Stimmen sich das Recht erstritten hat, das Ergebnis der Brexit-Verhandlungen ausführlich zu debattieren und schließlich darüber abzustimmen, beabsichtigt Premierministerin May, den Austrittsvertrag noch vor der Abstimmung im EU-Parlament dem House of Commons vorzulegen.

Heavy Fog In The Channel. Continent Cut Off

Times of London, 22 Okt. 1957

Wehrtechnik im Dialog



Information –
Kommunikation – Publikation

allen drei wesentlichen Bereichen des von der EU vorgegebenen Kataloges ausreichende Fortschritte erzielt worden seien, um in die zweite Phase der Verhandlungen einzutreten. Zwar konnte man sich bei den Rechten der in Großbritannien lebenden EU-Bürger (und vice versa), beim Dialog über Irland/Nordirland und bei der finanziellen Einigung oft nur auf vage Formulierungen und Formelkompromisse verständigen. Es bestand jedoch der Wille auf beiden Seiten, im Januar 2018 in die faktisch auf zehn Monate begrenzte zweite Phase einzutreten, um ein Austrittsabkommen nach Art. 50 des Lissabon-Vertrages auszuar-

EU vor, im kommenden Oktober das Austrittsabkommen dem Europäischen Parlament zur Zustimmung vorzulegen, bevor hierüber die 27 Mitgliedstaaten abstimmen. 72 % der Mitglieder (ohne den Vertreter Großbritanniens) müssen dem Austrittsabkommen zustimmen, also 20 der 27 Staaten, die

GB ist gespalten

Zu Jahresbeginn zeigt sich jedoch unerwartet deutlich, dass nicht nur die Lager der „Brexiters“ und der „Remainer“ sich weiter unversöhnlich gegenüberstehen. Auch die zur Minderheitsregierung verschlankten Konservativen wie die oppositionelle Labour Party sind gespalten in der Frage, ob ein Austritt als „hard brexit“, d. h. ein Scheitern der Verhandlungen und ein Ausscheiden ohne Vertrag sowie ohne Übergangs- und Anschlusslösung, oder eher ein „soft brexit“, also fristgerechte Einigung bis Ende März

IMPRESSUM

Herausgeber:

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR WEHRTECHNIK e. V. (DWT)
Hochstadenring 50 · 53119 Bonn

Verantwortlich für den Inhalt:

KAdm a. D. Dipl.-Kfm. Karl-Wilhelm Ohlms, Geschäftsführer der DWT e. V.
E-Mail: info@dwt-sgw.de · Internet: www.dwt-sgw.de

Satz & Layout: www.pohl-satz.de

Die DWT – *intern* erscheint 3 mal / Jahr. Copyright® DWT e. V.

Die DWT – *intern* wird an alle Fördernden (FM) und Persönlichen Mitglieder (PM) versandt.

Namentlich gekennzeichnete Texte entsprechen nicht unbedingt der Meinung des Herausgebers.

2019 auf einen Austrittsvertrag und zu Eckpunkten für künftige Beziehungen sowie auf einen Übergangsmodus, die bessere Lösung darstellt. Diese Konfrontation ergab sich, nachdem Premier Theresa May erklärt hatte, dass ihr Land nach dem EU-Austritt weder Teilnehmer im Binnenmarkt noch Mitglied der Zollunion bleiben wolle. Zudem formulierte sie die Leit-

Mit keinem anderen Land hat die Bundesrepublik einen solch hohen Exportüberschuss. Das Institut für Kapitalmarktanalyse (IfK) in Köln hat für die beiden Szenarien harter (Handel lediglich auf der Grundlage der WTO-Regeln) bzw. weicher Brexit berechnet, dass im ersten Falle die deutschen Exportüberschüsse um bis 17 Mrd. EUR zurückgehen könnten (die-

Premierministerin May nach dem Referendum als Erstes den Kontakt mit Kanzlerin Merkel suchte. Berlin soll sich nach Berichten, u. a. von Ex-Premier Tony Blair, zunächst abgeschlossen gezeigt haben, für Kompromisse bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU zu werben, um eine Brücke für den britischen Verbleib im Binnenmarkt zu schlagen. Nach der „no deal“-Äußerung von May, so wird kolportiert, sei man in Berlin jedoch hiervon abgerückt. Eine neuerliche „Charmeoffensive“ von Brexit-Minister Davies und Finanzminister Hammond Anfang Januar, die Spitzen der deutschen Politik und Wirtschaft für den Zugang britischer Finanzdienste zum Binnenmarkt nach dem Austritt zu gewinnen, wurde von Regierungssprecher Seibert mit dem Hinweis abgewehrt, dass die Bundesregierung den Fokus darauf lege, den Zusammenhalt der EU-27 in den Brexit-Verhandlungen zu wahren. Ob diese Position im Verlauf des Jahres, wenn sich eine neue Bundesregierung etabliert haben dürfte, noch Bestand hat, muss dahingestellt bleiben. Derzeit verdichten die nahezu täglich neu erscheinenden Berichte aus der Wirtschaft über massive Rückstellungen, drohende Insolvenzen und Produktionsverlagerungen, aber auch über den sich abzeichnenden Mangel an Fach- und Saisonkräften den Eindruck unter den Briten, dass die Konsequenzen des EU-Austritts vor dem Referendum falsch eingeschätzt bzw. massiv unterschätzt wurden. Dies schlägt sich auch bei Regierung und Opposition in London nieder, deren jeweilige interne Uneinigkeit in dieser Frage eher zuzunehmen scheint. Eine Aussage, ob zum Jahresende ein abstimmungsfähiger Austrittsvertrag vorliegen könnte, gerät angesichts dieser fragilen politischen Gemengelage zunehmend zur Spekulation. ■



Lupo / pixello.de

linie „kein Vertrag (zu Austritt und Langfristbeziehungen) ist besser als ein schlechter Vertrag“ (no deal is better than a bad deal).

Deutschland trifft es am härtesten

Auch auf der EU-Seite ist die Verhandlungsfront nicht wirklich geschlossen, da Deutschland als wichtigstes Mitglied im Rat und zugleich von den ökonomischen Folgen des Brexits am härtesten betroffen seit September 2017 nur eine geschäftsführende Regierung hat, die ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Brüssel derzeit nicht voll ausspielen kann. So ist Großbritannien im EU-Binnenmarkt nach Frankreich der zweitgrößte Handelspartner mit deutschen Exporten im Wert von 86,1 Mrd. EUR und Importen von 35,6 Mrd. EUR (2016).

jenigen der EU-27 um bis zu 30 Mrd. EUR). Aber auch im zweiten Szenario könnten sich die deutschen Exportüberschüsse um bis zu 10 Mrd. EUR verringern (für EU-27 um bis zu 20 Mrd. EUR). Die ökonomischen Auswirkungen des Brexits auf die Regionen innerhalb der EU wurden von der Erasmus-Universität Rotterdam mittels der World Input-Output Database untersucht. Hiernach sind die Regionen Deutschlands innerhalb der EU-27 am stärksten, d. h. vom Risiko einer BIP-Reduktion um 4,5 % bis 6,4 % betroffen, wobei die Effekte in den exportstarken Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg am deutlichsten ausfallen. Dagegen sind Regionen in Frankreich nur mit 1,8 % bis 2,7 % des BIP tangiert. Die Bedeutung des Brexits insbesondere für die deutsche Volkswirtschaft erklärt auch, weshalb

China als Ordnungsmacht?

Am 24. Januar 2018 fand – traditionell im Posttower in Bonn – die Winterveranstaltung der DWT Sektion Köln-Bonn statt.

Nach einführenden Erläuterungen zum Begriff „Ordnungsmacht“ brannte Dr. Fels an Hand der Schwerpunkte Koreanische Halbinsel, Südchinesisches Meer und Neue Seidenstraße ein eloquentes Feuerwerk ab und erläuterte auf welche Weise China sich als neue Ordnungsmacht zu etablieren vermag.

Derzeit befindet sich die internationale Einflussordnung in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess: In China und Indien steigt das BIP gegenüber USA und EU überproportional mit zwei- bis dreifach hoher Jahresrate. Chinas Wirtschaftsgröße ist in 25 Jahren um über 1.000 % ange-



Dr. Enrico Fels, Center for Global Studies, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Philosophische Fakultät



Federal Ministry
of the Interior



4th International Symposium on Development of CBRN Protection Capabilities

Outdoor Demo & Ice-Breaker

03rd September 2018
Schloss Diedersdorf
15831 Großbeeren (near Berlin)
Bus-Transfer from / to Hotel Maritim

Programme / Terms and Conditions at

Conference & Exhibition

04th - 05th September 2018
Maritim Hotel proArte
Friedrichstraße 151
10117 Berlin

www.cbrn-symposium.com

wachsen. China ist heute der Welt größte Wirtschaftsmacht, nachdem es 2014 sowohl USA als auch EU überholt hat!

Weitere Schlaglichter waren:

- Xi Jinping's patriarchalisch autoritäre Staatsführung mit dem Ziel die Vergangenheit hinter sich zu lassen.
- Wirtschaftlicher Aufstieg, aggressive Auslandsinvestitionen und ein Rüstungswettlauf.
- Balance durch Kommunikation mit China.

- Die starke Rolle der maritimen Dimension.

Die politisch brisante regionale Lage mit beiden Koreas, dem südchinesischen Meer, Japan und den Interessen anderer Länder, allen voran denen der USA und Russlands.

„One Belt, One Road“, die strategische Verknüpfung verschiedener chinesischer Investitionsprojekte in Eurasien und Afrika.

Zusammenfassend

International hat eine Machtverlagerung stattgefunden: China ist wirtschaftlich zur Weltmacht aufgestiegen, vertritt energisch nationale Interessen, macht einen globalen Gestaltungsanspruch geltend und sucht dafür internationale Legitimität. Für Europa bedeutet dies, vermehrt einer „Geopolitik“ Beachtung zu schenken und strategische Verhältnisse zu China und Russland neu zu denken, aber auch Abhängigkeiten globaler Wirtschaft erkennbar und transparent zu machen. ■

Zukunft durch Forschung und Technologie gestalten



Gut 400 Teilnehmer folgen den Ausführungen von Prof. Dr. Michael Lauster, Institutsleiter, Fraunhofer INT zur Frage „Wie disruptiv sind Technologien? – Gedanken über ein Modewort im Kontext von Sicherheit und Verteidigung“

Die Studiengesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik mbH veranstaltete in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung, dem Fraunhofer Verbund Sicherheit und Verteidigung (VVS), dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und dem F&T Ausschuss des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV) die Konferenz **„Angewandte Forschung für Verteidigung und Sicherheit in Deutschland“**.

„Zukunft durch Forschung und Technologie gestalten“ hieß der Leitsatz der nach 2014 und 2016 dritten Konferenz, die vom 20. – 22. Februar 2018 im Maritim Hotel in Bonn stattfand.

Ohne jeden Zweifel muss die Forschung die Freiheit haben, Neuland ausloten zu können und insbesondere im Verteidigungsbereich auch auf weiter entfernt liegende Entwicklungen zu schauen. So kann gerade die Forschung einen entscheidenden Bei-

trag dazu leisten, bei strategisch wichtigen Technologiethemata die gewünschte Souveränität zu erlangen, zu erhalten und auszubauen.

Mit einem übergreifenden Fokus auf disruptive Potentiale wurde die Konferenz an Technologiefeldern ausgerichtet:

- Sensorik, Aufklärung und Überwachung,
- Cyber,
- Laser und Laserschutz,
- Joint Virtual Picture,
- Energie und Energiespeicherung
- Energetische Materialien,
- Lagedaten,
- Werkstoffe für Schutzanwendungen,
- Radar,
- Modellbildung / Simulation,
- Halbleitertechnologie,
- Kommunikation,
- Plattformtechnologie Luft- / Welt- raum,
- Ortung und Navigation,
- Detektion,
- Waffen und Waffenwirkung,



Die Aussteller erfreuen sich des regen Interesses der Tagungsteilnehmer

- Unbemannte Plattformen,
- Hypersonic,
- Technologien für luftgestützte Anwendungen,
- Schutz vor UAV.

Ebenso wichtig ist es aber, sicherzustellen, dass ausreichend Forschungs-

mittel zielgerichtet im Sinne des Ausrüstungsbedarfs der Bundeswehr eingesetzt werden.

Beide Aspekte hatte die Konferenz im Auge. Sie richtete sich an Angehörige der Wissenschaft, des BMVg, der Bundeswehr, des sonstigen Öffentlichen

Dienstes, der Parlamente und Ministerien und der Wirtschaft aus Deutschland, um ein Forum zu bieten, sich in diesem Sinne auszutauschen und gewonnene Erkenntnisse zu teilen.

Über 400 Teilnehmer zeigten sich begeistert von dem ganz besonderen Format mit rahmenspannendem Hauptprogramm, 23 (!) Panel-Sessions, einer Poster-Session, den insgesamt weit über einhundert Vorträgen, den zahlreichen Ausstellern und sicherlich auch von den zahlreichen Gelegenheiten des persönlichen Austausches und Networkings.

Die Veranstaltung diente der Forschung an sich und zugleich dem koordinierten und aufeinander ausgerichteten Vorgehen in Forschung, Entwicklung und Beschaffung von militärischer aber auch sonstiger sicherheitsspezifischer Ausrüstung. Sie erfreute sich großen Interesses und erzeugte allseits positives Feedback. Im ersten Quartal 2020, wird die Konferenz ein viertes Mal durchgeführt. ■

Die „Ertüchtigungsinitiative“ der Bundesregierung

Mit dem Begriff „Ertüchtigung“ verbinden viele Zeitgenossen eine sportliche Betätigung oder auch Infrastrukturmaßnahmen. Dass dieser Begriff auch ein sicherheitspolitisches Instrument der Bundesregierung benennt, wissen viele nicht. Die Erkenntnis führte zu der Entscheidung, das Thema am 7. März 2018 auf die Tagesordnung der Frühjahrsveranstaltung aus der **DWT-Reihe „Gespräch wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und**

Mitarbeiter von Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Experten“ zu setzen. Besonders rege Beteiligung aus Abgeordnetenbüros fast aller Fraktionen bestätigte die Relevanz des Themas.

Die Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung besteht seit 2016. Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt setzt das Verteidigungsministerium die von der Bundesregierung beschlossene Er-

tüchtigungsinitiative um. Daher war es auch nur folgerichtig, dass auch Experten aus beiden Häusern sich den Fragen der Teilnehmer stellten. **Dr. Ferdinand von Weyhe** aus dem Auswärtigen Amt, Referat S 03, dem die Aufgaben Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge zugeordnet sind, und **Fregattenkapitän Jens von Rauchhaupt** aus dem Bundesministerium der Verteidigung Referat Politik II 3, das alle Aktivitäten

des Bundesverteidigungsministeriums zur Ertüchtigungsinitiative koordiniert und steuert, erläuterten umfassend und sehr kompetent die mit dieser Initiative verbundenen Ziele, Hintergründe und Maßnahmen.

Auf vielfachen Wunsch werden im Folgenden Einzelheiten dargestellt:

Übergeordnetes Ziel der Ertüchtigungsinitiative ist es, Partner so zu unterstützen, dass sie unter Beachtung menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Standards eigene Krisenprävention und Krisenbewältigung betreiben können. Im Fokus stehen Länder, die von Krieg und Unruhen bedroht sind. Dabei steht insbesondere die Stärkung des Sicherheitssektors in den ausgewählten Partnerländern im Fokus. Außerdem können Ertüchtigungsmaßnahmen EU- und VN-geführte Missionen flankieren.

Für **die Finanzierung der Ertüchtigungsinitiative** hat die Bundesregierung 2016 insgesamt 100 Millionen Euro bereitgestellt. 2017 sind es im Einzelplan 60 des Bundesfinanzministeriums 130 Millionen Euro. Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Verteidigung teilen sich gleichermaßen Verantwortung und Zuständigkeit. Beide Ressorts stimmen sich über Projekte ab und haben eine gemeinsame Budgetverantwortung. Die Ertüchtigungsinitiative bündelt alle bisherigen Erkenntnisse, die in den vergangenen Jahren im Bereich des Krisenengagements gewonnen wurden. Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr leisten hierzu durch Ausbildung, Beratung und Ausstattungshilfe einen wichtigen Beitrag sowohl bei Regionalorganisationen als auch bei den ausgewählten Partnerstaaten.

Grundsätzlich geht es bei der Ertüchtigungsinitiative um **Hilfe zur Selbsthilfe**. Dahinter steckt die Überzeugung, dass lokale Akteure Konflikte vor Ort besser lösen können als Staaten oder Bündnisse, die von außen einwirken. Oft fehlen den regionalen Partnern jedoch Mittel und Möglichkeiten, sich zu engagieren. Es geht also darum, den lokalen Partner in die

Lage zu versetzen, selbst für seine eigene und regionale Sicherheit zu sorgen. Ein allgemeingültiges Rezept gibt es dabei allerdings nicht. Jede Situation erfordert eine individuelle Analyse. Hierfür bietet die Ertüchtigungsinitiative eine breite Palette von Möglichkeiten. Neben Beratung, Ausbildung und Unterstützung ist auch militärische Ausstattungshilfe möglich. Die Ertüchtigungsinitiative bündelt alle bisherigen Erkenntnisse, die in den vergangenen Jahren im Bereich des Krisenengagements gewonnen wurden. Ihr großes Plus: Projekte können schnell und flexibel realisiert werden.

Die meisten Projekte laufen in den **fünf Schwerpunktländern** der Initiative: Irak, Jordanien, Tunesien, Mali und Nigeria. Die Förderung und Unterstützung dieser Länder ist verbunden mit dem Ziel, dass die Stabilität in die Region sich positiv beziehungsweise dass sich die Instabilität der Nachbarn dieser Länder nicht negativ auf die Schwerpunktländer auswirkt. Darüber hinaus gibt es Einzelprojekte beispielsweise mit den Vereinten Nationen und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States). Alle Projekte sind klar und detailliert beschrieben und in ihrer Zielsetzung genau definiert.

Dass die Projekte gut ankommen und die Hilfe zur Selbsthilfe auf fruchtbaren Boden fällt beweist das Feedback der lokalen Partner, das durchwegs sehr positiv ist. Zum einen fühlen sich lokale Akteure als **„Partner auf Augenhöhe“** wahrgenommen. Zum anderen stellen sich schnell Erfolgserlebnisse ein, denn der Projekterfolg liegt in beidseitigem Interesse.

Als **Projektbeispiele** sind zu nennen: Der Bau von zwei Munitionsbunkern in **Mali**, um eine sichere Lagerung der Munition zu gewährleisten und damit die Einsatzfähigkeit der malischen Streitkräfte zu erhöhen. Sensorgestützte, mobile Grenzsicherungsanlagen in **Tunesien** an der Grenze zu Libyen, die mehr Sicherheit vor unberechtigtem Grenzübertritt z. B. durch IS-Kämpfer und Rückkehrer aus dem

Irak und Syrien ermöglichen sollen. Hier erfolgt zudem eine Kooperation und Koordination mit den USA, die Tunesien im Bereich der Grenzsicherung ebenfalls unterstützen. In **Nigeria** geht es insbesondere im Norden des Landes um Unterstützung im Kampf gegen die Terrormiliz Boko Haram. Zu diesem Zweck werden mobile Bodenradarsysteme geliefert, mit deren Hilfe die nigerianischen Streitkräfte bessere Aufklärungsergebnisse erzielen können. **Niger** erhält im Rahmen eines Logistikprojekts mehr als 80 Lkw in unterschiedlichen Größen, damit die Truppen des Landes für die Aufgabe der Grenzsicherung mobil sind. Mit der Lieferung der Fahrzeuge endet das Projekt jedoch nicht, sondern die Soldaten werden auch ausgebildet, damit sie in der Lage sind, die Fahrzeuge zu reparieren und in Stand zu halten. Nachhaltige Unterstützung – das ist hier das Schlagwort. **Jordanien** erhält 50 Schützenpanzer Marder für die Grenzsicherung. Neben den Panzern erhält das arabische Land unter anderem auch 70 Lastwagen und 56 Kleinbusse. Im **Irak** verfolgt Deutschland die Schwerpunkte Unterstützung der kurdischen Peshmerga durch Ausbildung und Ausrüstung, Stabilisierung der wieder gewonnenen Gebiete durch Unterstützung des Wiederaufbaus, der Stabilisierung aber auch der Versöhnung zwischen den unterschiedlichen Parteien, Unterstützung sowohl der Kurden als auch der Zentralregierung, Hilfe für die irakische Zentralregierung bei der Säuberung der zurückeroberten Gebiete von Minen.

Die Nähe der Partner vor Ort ist der entscheidende Faktor für die Erfolgskontrolle der Projekte: Das Feedback erfolgt unmittelbar. Die deutsche Botschaft, deutsche Einsatzkontingente, militärische Berater oder Verbindungs-offiziere haben ein klares Bild der Situation vor Ort.

Mit der Ertüchtigungsinitiative und vergleichbaren Projekten anderer Länder wollen Deutschland und seine Partner u. a. die **Wirksamkeit der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU erhöhen**. ■

DWT / SGW-KALENDER – JAHRESPROGRAMM 2018

02./03.05.	AKM: Informationsveranstaltung „Bekleidung/Betriebsstoffe“ Erding, WIWeB
08.05.	DWT: Sektions- und Arbeitskreisleitertagung Bonn, Hotel Maritim
08.05.	DWT: Mitgliederversammlung 2018 Bonn, Hotel Maritim
08.05.	DWT: Jahrestagung mit Jahresempfang 2018 Bonn, Hotel Maritim
19.06.	SGW: Klausurtagung SKB Berlin, Hotel Golden Tulip
04.06.	DWT: Brüsseler Botschaftertreff Brüssel
26./27.06.	SGW: Forum „Wege zu digitalisierten Landstreitkräften“ Bonn, Hotel Maritim
27.06.	IKZ: Mitgliederversammlung 2-2018 Bonn, Hotel Maritim
03./05.09.	SGW: „4. Berliner CBRN-Symposium“ Berlin, Maritim Hotel proArte
24./26.09.	SGW: 20. Marineworkshop Linstow, van der Valk Resort
16.10.	DWT-Kompakt: „Innovative Wege zum Projekterfolg: Juristische Tools“ Bonn, TBD
24./25.10.	SGW: „Celler Dialog“ Celle, CongressUnion
30.10.	AKM: Informationsveranstaltung „ÖAG für Einsteiger“ Koblenz, Rhein-Mosel-Halle
07.11.	DWT: Brüsseler Gespräch 2-2018 Brüssel
08.11.	IKZ: 6. Mannheimer Symposium Mannheim, BIZBw
14.11.	DWT: Gespräch mit Wissenschaftlichen Mitarbeitern der MdB 2-2018 Berlin, Habel am Reichstag
20.11.	DWT: Parlamentarischer Abend 2-2018 Berlin, LV NRW
21.11.	AKM: Mitgliederversammlung 2018 Berlin, LV BW
11./12.12.	SGW: Forum „IT Konferenz 2018“ Bonn, Hotel Maritim

Den aktuellen Kalender 2018 finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.dwt-sgw.de/veranstaltungen/veranstaltungsuebersicht/>

MITGLIEDERENTWICKLUNG (Stand 18.04.2018)

PM (Persönliche Mitglieder)

Stand 31. Dezember 2012: 886
 Stand 31. Dezember 2013: 872
 Stand 31. Dezember 2014: 848
 Stand 31. Dezember 2015: 849
 Stand 31. Dezember 2016: 827
 Stand 05. Dezember 2017: 886
 Stand 18. April 2018: 851

FM (Fördernde Mitglieder)

Stand 31. Dezember 2012: 255
 Stand 31. Dezember 2013: 262
 Stand 31. Dezember 2014: 259
 Stand 31. Dezember 2015: 272
 Stand 31. Dezember 2016: 273
 Stand 05. Dezember 2017: 290
 Stand 18. April 2018: 284

IHRE VORSCHLÄGE

**Gestalten Sie Ihre DWT mit –
 bringen Sie sich ein durch
 Hinweise, Kritik und
 Vorschläge an die
 DWT-Geschäftsstelle.**

NEUE FÖRDERNDE MITGLIEDER  **Stand 18. APRIL 2018**


Agility Logistics GmbH
André Affeldt
 Regional Manager North
 Heidenkampsweg 82
 22097 Hamburg
 aaffeldt@agility.com

BLOMSTEIN

**BLOMSTEIN Partnerschaft von
 Rechtsanwälten mbB**
Rechtsanwalt Dr. Roland M. Stein
 Partner
 Oranienburger Straße 66
 10117 Berlin
 roland.stein@blomstein.com



**Defence Agency for Technology
 and Quality**
Europa-Repräsentanz
Saetyul Ko
 Verwaltungsassistentin
 Haydnstraße 23B
 12167 Berlin
 saetbyulko.dtaq@gmail.com



DNV GL SE
**Dipl.-Ing. Christian Freiherr von
 Oldershausen**
 Naval Segment Director
 Brooktorkai 18
 20457 Hamburg
 christian.von-oldershausen@dnvgl.com



feps gmbh
Okan Tombulca
 Managing Director
 Talangerstraße 7
 82152 Krailling
 okan@feps.com



Kleh Systems e.K.
Jochen Kleh
 Geschäftsführer
 Eichelbergring 44
 63654 Büdingen
 jochen.kleh@kleh-systems.de



PELI PRODUCTS Germany GmbH
Stefan Wolf
 Regionalverkaufsleitung D/A/CH
 Königsallee 2b
 40212 Düsseldorf
 stefan.wolf@peli.com



SCISYS Deutschland GmbH
Dr. Peter Scheidgen
 Leiter Geschäftsentwicklung und
 Vertrieb
 Borgmannstraße 2
 44894 Bochum
 peter.scheidgen@scisys.de

SOUDRY & SOUDRY

RECHTSANWÄLTE

**Soudry & Soudry - Partnerschaft
 von Rechtsanwälten**
Rechtsanwalt Dr. Daniel Soudry
 Partner, Geschäftsführer
 Kurfürstendamm 69
 10707 Kurfürstendamm
 ds@soudry.de



Tagueri AG
Dipl.-Ing. Dirk Weinelt
 Vorstand
 Zirkusweg 1
 20359 Hamburg
 dirk.weinelt@tagueri.com



Tamsen Maritim GmbH
Dipl.-Ing. Christian Schmoll
 Geschäftsführer
 Maritimstraße 1
 18147 Rostock
 c.schmoll@tamsen-maritim.de



tfc tools for composite GmbH
Guido Wittwer
 Geschäftsführer
 Zum Steinsitz 4
 18273 Güstrow
 wittwer@tools-for-composite.de

DER AKM IN DER DWT

Das Forum in der DWT für
 den Dialog mittelständischer
 wehrtechnischer Unterneh-
 men mit Bundeswehr, Politik,
 Wirtschaft und Forschung.
 Werden auch Sie Mitglied
 im AKM!



DER IKZ IN DER DWT

Die Networking-Plattform
 in der DWT für die
 aufstrebenden Entschei-
 dungsträger der Streitkräfte,
 Bundeswehrverwaltung,
 Politik, Wirtschaft
 und Forschung.